



Ortsumfahrung Rümplingen: Gemeinderat favorisiert stark umstrittene Variante 2 c

Rümplingen (mao). Einstimmig beschloss der Rümplinger Gemeinderat bei der geplanten Umgehungsstraße die Variante 2C zu favorisieren (siehe nebenstehender Artikel). Damit begibt sich der Gemeinderat auf schwieriges Terrain. Sowohl Binzen als auch die Familie des betroffenen Aussiedlerhofes sprechen sich klar gegen diese Variante aus.



In diesem Bereich soll nach dem Willen des Rümplinger Gemeinderates die neue Ortsumfahrung in einem Kreisverkehr auf die bestehende L 134 stoßen.
Foto: Marco Schopferer

Auch wenn der Beschluss einstimmig gefällt wurde, so birgt er doch seine Unwägbarkeiten. Sollte die Gemeinde Binzen bei ihrem klaren Nein bleiben und auch der Landwirt auf die Berücksichtigung seiner Belange pochen, stünden langjährige Rechtsstreitigkeiten bevor. Dies will der Rümplinger Gemeinderat auf alle Fälle vermeiden, machte Bürgermeisterin Daniela Maier klar. Sie hofft, dass man mit der Nachbargemeinde noch einen tragfähigen Kompromiss findet und schlug vor, dass beide Gemeinderäte nach der Sommerpause gemeinsam tagen sollten. Und auch mit dem Landwirt will man sich zusammensetzen. Wichtig sei, dass die Gemeinde die Einwände des Bauern ernst nehme und man auch zu Entgegenkommen bereit sei. Ihm sei wichtig, dass zwei Äcker mit äußerst hochwertigen Böden nicht durch einen Kreisverkehr an der L 34 zerstört würden. Diese Bedenken nehme die Gemeinde sehr ernst, sagte Maier, deshalb will man nun darauf drängen, dass der Kreisverkehr um etliche Meter in Richtung Rümplingen verlegt werde. Im Gegenzug spekuliert man auf ein Einlenken des Besitzers des Aussiedlerhofes, denn auch bei den anderen Trassenführungen sind seine Äcker betroffen.

Finde man keine Kompromisse, wird man sich wohl für eine alternative Trassenführung entscheiden. Doch auch hier drohen Unwägbarkeiten. Gemeinderat Uli Gempp befürchtet Proteste der Anwohner, wenn die

Ortsumfahrung zu nah am Neubaugebiet vorbei führe. Schnell könnte der Landkreis als Bauherr einen Rückzieher machen und zunächst auf Einigkeit des Dorfes pochen. Dabei hätten solche Anwohnerproteste rechtlich keine Aussicht auf Erfolg, da alle Bauherren schon vor Baubeginn von der Planung wussten. Förderlich wäre solch ein Protest aber für die Realisierung der Ortsumfahrung sicherlich nicht. So stehen dem Gemeinderat nach der Sommerpause noch schwierige Verhandlungen bevor. Bis Ende des Jahres soll feststehen, welche Trassenführung näher ausgearbeitet werden soll.

Die Entscheidung fällt übrigens der Bauherr, also der Landkreis Lörrach. Die Entscheidung des Gemeinderates ist nicht viel mehr als eine Empfehlung.

